

Sebastian Kurz nach Freispruch: Was folgt jetzt für die ÖVP?

Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz spricht am 27. Mai 2025 nach seinem Freispruch im Ibiza-U-Ausschuss. Livestream bei VIENNA.at.



Wien, Österreich - Am 27. Mai 2025 trat Sebastian Kurz, der ehemalige Bundeskanzler Österreichs, vor die Presse, nachdem das Oberlandesgericht Wien am Montag seine Verurteilung wegen Falschaussage im Ibiza-Untersuchungsausschuss aufgehoben hatte. Das Gericht entschied, dass der objektive Tatbestand der falschen Beweisaussage nicht erfüllt war. Kurz hatte zuvor in erster Instanz eine Strafe von acht Monaten bedingter Haft erhalten, die nun nicht mehr gilt. Er äußerte nach der Urteilsverkündung Erleichterung, bedauerte jedoch das Schicksal seines ehemaligen Kabinettschefs Bernhard Bonelli, dessen Verurteilung zu sechs Monaten auf Bewährung bestätigt wurde.

Die zentralen Fragen im Verfahren drehten sich um Kurz' Rolle in der Aufsichtsratsbestellung der Staatsholding ÖBAG. Während Kurz seine aktive Beteiligung bestritt, widersprachen Aussagen des Kronzeugen Thomas Schmid dieser Behauptung. Der Richter stellte fest, dass die Stimmung im U-Ausschuss für Kurz eine „feindselige“ gewesen sei und kritisierte, dass die Zeit für Nachfragen abgelaufen war, was Kurz die Möglichkeit nahm, klarzustellen.

Kritik und Vorwürfe im Kontext der Korruption

Die Causa hat ihre Wurzeln in der Ibiza-Affäre von 2019, die zum Bruch der Koalition zwischen ÖVP und FPÖ führte. Thomas Schmid, der als Kronzeuge auftrat, belastete Kurz erheblich. Diese Entwicklungen sind Teil eines größeren Problems politischer Korruption in Österreich, das im Kreutner-Bericht thematisiert wird. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die institutionellen Schwächen des Justizsystems und politische Weisungen die Transparenz und Gerechtigkeit in strafrechtlichen Ermittlungen ernsthaft beeinträchtigen.

Im Kreutner-Bericht wird eine „Zwei-Klassen“-Justiz kritisiert, bei der prominente Beschuldigte wie Kurz milder behandelt werden als Normalbürger. Es werden Reformen zur Verbesserung der Unabhängigkeit der Justiz und zur Behebung der durch politische Interventionen geschaffenen Probleme gefordert. Die bevorstehenden Parlamentswahlen am 29. September 2024 bieten eine Bühne für die Diskussion über diese ungelösten Probleme, obwohl die Justizreformen bisher nicht im Fokus stehen.

Ausblick und offene Fragen

Sebastian Kurz, der 2013 als jüngster Bundesminister und 2017 als jüngster Bundeskanzler Österreichs in die Geschichte einging, trat 2021 nach Korruptionsvorwürfen zurück und

wandte sich dem Unternehmertum zu. Während die Ermittlungen zur Inseratenaffäre, in der ihm vorgeworfen wird, mit Steuergeld vorteilhafte Meinungsumfragen in Auftrag gegeben zu haben, noch anhängig sind, bleibt abzuwarten, welche weiteren rechtlichen Schritte in dieser verwickelten Korruptionsgeschichte folgen werden.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Entwicklungen um Kurz nicht nur für ihn selbst, sondern auch für die österreichische Politik und die Fragen der Rechtsstaatlichkeit von großer Bedeutung sind. Die Ergebnisse des Kreutner-Berichts rufen dazu auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die Glaubwürdigkeit der Justiz in Österreich zu erhöhen und europäische Standards zu erfüllen. Der Druck auf die Politik, diese Herausforderungen anzugehen, könnte in den kommenden Monaten zunehmen.

Für weitere Informationen zu diesem Thema können Sie die Berichte von **VIENNA.at**, **taz** sowie den **Verfassungsblog** einsehen.

Details	
Vorfall	Korruption
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • taz.de • verfassungsblog.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at